

Titel der Drucksache:

**Gehwegschäden in Folge des
 Glasfaserausbaus**

Drucksache

1678/26

öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung
Anfragen	01.07.2026	öffentlich

Anfrage nach § 9 Abs. 2 GeschO

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wie bereits im Artikel der Thüringer Allgemeine vom 15.06.2026 ausführlich beschrieben, bestehen erhebliche Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Glasfaserprojekte im Stadtgebiet. In den einzelnen Ortsteilen sind bereits Schäden verzeichnet worden, die auf den Ausbau zurückzuführen sind. Auch wir in Azmannsdorf, wo nahezu 99,9 % der Straßen neu gebaut wurden, sind hiervon betroffen. Zwar beschränkt sich der Schaden bei uns derzeit auf einen Gehweg, jedoch stellt dieser bereits einen erheblichen Mangel dar. Das verantwortliche Unternehmen „Deutsche Glasfaser“ hinterließ die Verkehrsanlage in einem unzumutbaren Zustand, welcher von unserer Seite keinesfalls akzeptiert wird, zumal ein großer Teil der Bürgerschaft die Straßenerneuerung über Umlagen finanziell mitgetragen hat. Einige Fotos zur Veranschaulichung habe ich Ihnen beigelegt. Diese verdeutlichen den Zustand, der entsteht, wenn offenbar keine Regeln des Straßenbaus eingehalten werden und offensichtlich keine qualifizierten Fachkräfte vor Ort sind. Dies ist jetzt bereits Realität! Erfurt, insbesondere Azmannsdorf, ist dabei kein Einzelfall. Bundesweit führen die vom Bund veranlassten Glasfaserausbauten vielfach zu erheblichen Problemen, was in den Medien und sozialen Netzwerken ausführlich dokumentiert wird. Mit allem gebotenen Respekt kann dies so nicht gewollt sein. Vielmehr liegen diese Schwierigkeiten tief in der Historie begründet, da ein derart künstlich erzeugter Bedarf nahezu plötzlich entstanden ist. Die Basis für den Ausbau wurde bereits 1981 unter Helmut Schmidt gelegt, mit dem Ziel eines flächendeckenden Ausbaus bis 2015. Die DDR war hierbei allerdings noch nicht berücksichtigt. Unter Helmut Kohl wurde das Vorhaben zugunsten des Kabelfernsehens wieder zurückgenommen und über rund 30 Jahre ruhen gelassen. Nun wird, da drei Jahrzehnte versäumt wurden, es mit großer Eile vorangetrieben, um in Europa nicht den letzten Platz einzunehmen. Dies geschieht jedoch zulasten der Bürgerinnen und Bürger, die diese historischen und auch zukünftigen Versäumnisse direkt (durch Straßenbaugebühren) oder indirekt (über Steuern) finanzieren müssen. Über Gerüchte habe ich erfahren, dass es mit der Deutschen Glasfaser einen Gesprächstermin bezüglich des weiteren Ausbaus unter Beteiligung des Ministeriums für Digitales gegeben hat. Die

fachgerechte Wiederherstellung der Straßen im Zuge der Maßnahmen soll hierbei ein äußerst sensibles Thema gewesen sein, und es wird angenommen, dass die Verwaltung aufgefordert wurde, die Anforderungen an die Wiederherstellung zu reduzieren. Offenbar wurde dieses Anliegen seitens des Ministeriums mit einem gewissen Druck unterlegt.

Meine Fragen zu diesem Sachverhalt lauten:

1. Hat ein Gesprächstermin mit dem Unternehmen Deutsche Glasfaser stattgefunden, welche Inhalte wurden dabei erörtert und wurde seitens des Ministeriums dabei Druck ausgeübt? Falls ja, wie wurde argumentiert?
2. Wurden im Rahmen der Gespräche bereits entstandene Schäden an den Straßen unserer Stadt thematisiert und welche verbindlichen Maßnahmen, Regeln sowie Mechanismen sollen künftig eine qualitativ einwandfreie Bauausführung und den Schutz der Straßen sicherstellen? Wie positioniert sich die Stadtspitze hierzu?
3. Wer trägt innerhalb der Stadtverwaltung die Verantwortung für Entscheidungen hinsichtlich der angesetzten Bauqualität, für daraus entstehende Folgeschäden am Eigentum der Stadt und eventuellen Schadensersatzansprüchen sowie dafür, dass Bürgerinnen und Bürger nach Ablauf der Gewährleistungsfristen nicht mit den Folgekosten belastet werden?

Anlagenverzeichnis

Anlage 1 - Schäden

29.07.2026, gez. 

Datum, Unterschrift